# Globalisierungskritik neu denken und für Attac wirksam machen

<u>Aktualisiertes Positionspapier</u> <u>Aktualisierendes</u> <u>Selbstverständnis</u> von Attac Deutschland\_

Stand: 15.05.2023

inklusive eingefügter Änderungen in Einleitung und Kapitel 4 aus Anträgen des FRS (im Fließtext fett) sowie der im Rahmen des Konsensverfahrens überarbeiteten Kapitel 2 und 3

Beschlussdatum Ratschlag

Entwurf der Moderationsgruppe auf Grundlage von sechs Basistexten, Ergebnissen des

Herbstratschlags 2021 und des Frühjahrsratschlags 2022, sieben inhaltlichen Veranstaltungen

zwischen Februar und Oktober 2022, Ergebnissen des Herbstratschlag 2022

(25 Seiten, Reihenfolge der Themenfelder vorläufig, Stand: 27.01.2023)

### **Inhaltsverzeichnis**

1

2

3

4

5

6

7

8 9

10

11

1213

# **Inhaltsverzeichnis**

Prolog	2
Globalisierung heute	3
Alles wird zur Ware	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staate	en
den Aufstieg schaffen	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu	4
Die Gewalt der Globalisierung	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung	6
Abkehr vom Neoliberalismus?	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?	7
1.2. Was will Attac?	8
1.3. Wie erreichen wir das?	8
Finanzmärkte regulieren	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte	9
Schulden streichen	9
International handeln	
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	9
2.1. Was ist das Problem?	9
2.2. Was will Attac?	
2.3. Wie erreichen wir das?	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken	
3.1. Was ist das Problem?	12

3.2. Was will Attac?	12
3.3. Wie erreichen wir das?	
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und	
Wohnungsunternehmen vorantreiben	
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	13
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten	
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren	
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst	
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwinge	
Vergesellschaftung verhindern	14
4. Krieg und Militarisierung	
4.1. Was ist das Problem?	14
4.2. Was will Attac?	
4.3. Wie erreichen wir das?	
Zivile Konfliktlösung	
Globalisierung entmilitarisieren	
Globale Abrüstung	
5. Soziale Sicherheit für alle	
5.1. Was ist das Problem?	
5.2. Was will Attac?	
5.3. Wie erreichen wir es?	
Solidarische Bürgerversicherung	
Soziale Grundsicherung	
Solidarische Städte	
6. Flucht/Migration	
6.1. Was ist das Problem?	
6.1. Was will Attac?	
6.3. Wie erreichen wir das?	
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen	
7.1. Was ist das Problem: 7.2. Was will Attac?	
7.3. Wie erreichen wir das?	
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik	
Anders wirtschaften und konsumieren	
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren	
Klimafreundliche Mobilität für alle	
8. Demokratie	
8.1. Was ist das Problem?	
8.2. Was will Attac?	
8.3. Wie erreichen wir das?	
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus	
9.1. Was ist das Problem?	
9.2. Was will Attac?	
9.3. Wie erreichen wir das?	
Epilog	
Eine andere Welt ist nötig und möglich	24

# **Prolog**

- 15 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten
- 16 Krise. Besteht die Welt denn nur noch aus Krisen? Ob drohender Klimakollaps und fortschreitende
- 17 Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen,
- 18 Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien, kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und

- 19 internationaler Ebene wir leben in Zeiten großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander
- 20 verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am
- 21 stärksten von ihnen betroffen und besitzen am wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen
- 22 zu können. Sie müssen um ihre Existenz bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer
- 23 Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.
- 24 Wir sind mit dem Resultat einer <u>profitgetriebenen</u> Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
- 25 der Welt billigend in Kauf nimmt.-
- 26 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
- 27 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
- 28 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
- 29 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
- 30 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist\*innen, <u>queer-feministischenfeministische</u>
- 31 Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam sind wirsie widerständig und setzen angeblich
- 32 alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

### **Globalisierung heute**

35 • Analyse

33

34

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

51

52

- Die Krise der Globalisierung / Eine andere Globalisierung ist möglich
  - Die Welt ist heute global vernetzt: <u>Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die doch die bisherige Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in gleicher Würde zu ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich das Gefühl der die Ohnmacht gegenüber ökonomischen ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.</u>

49 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen

50 <u>Ländern zu einer immer schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit</u>

geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten sind immer

- noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der Ungleichheit der
- 53 Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter
- Gesellschaften zurück, die FLINTA\*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
- 55 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
- 56 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
- 57 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
- 58 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

- 59 Die Spaltung der Welt in Nord und Süd wird durch die Globalisierung fortgesetzt und die
- 60 Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften vertieft. Es gibt diejenigen, die zu wenig zum Leben-
- 61 haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen. Das Versprechen gleicher Chancen für
- 62 alle Menschen hat sich als neoliberaler Schein herausgestellt. Menschen werden in soziale
- 63 Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche Zugänge zu ökonomischem,
- 64 sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine Hautfarbe und einen Pass. All dies
- 65 | beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie der globalen Gesellschaft
- 66 einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele sehen sich gezwungen
- 67 prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-Arbeiterinnen in den
- 68 Städten des Globalen Nordens. Für FLINTA\*s gehen die gewonnenen Freiheiten mit neuen
- 69 wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition-
- 70 männlich dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA\*s weiterhin benachteiligen und
- 71 diskriminieren.

- 72 Die Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert
- 73 gleichzeitig die ökologischen Folgen grenzenlosen Wachstums. Wirtschaftskrisen, Kriege und
- 74 Naturkatastrophen häufen sich. Die Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

### Alles wird zur Ware

- 76 <u>Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante</u>
- 77 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
- 78 <u>treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Durch die Globalisierung sollen höhere Profite erzielt</u>
- 79 werden. Konzerne und Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre Macht auszuweiten, um
- 80 die Interessen "ihrer" Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen ihre Marktmacht zu
- 81 <u>sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem ureigensten</u>
- 82 Anliegen: Löhne werden. Dafür werden Löhne gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert,
- 83 | öffentliche Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und. z.B. mittels
- 84 Freihandelsabkommen, -offene Märkte hergestellt.-
- 85 Im Zuge des neoliberalen Globalisierungsschubs, der in den letzten beiden Jahrzehnten des 20ten
- 86 Jahrhunderts an Fahrt gewann, wurde der Vorrang von Profit und Wachstum auf den gesamten
- 87 Globus ausgeweitet. Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt
- 88 und je mehr sich die Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges
- 89 Investitionsklima kümmern, desto besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der
- 90 allgemeine Wohlstand. Es sollen <del>also</del>nicht nur Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden,
- 91 sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die Umwelt zu zerstören -und vieles mehr. Die
- 92 Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und
- 93 <u>eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich eine</u>
- 94 Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die Kommunikations- und
- 95 <u>Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen</u>
- 96 <u>durchzusetzen</u>.
- 97 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
- 98 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
- 99 **nur kleine** Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. haben die
- 100 Arbeitnehmer\*innen, deren Arbeitsbedingungen verschlechtert und deren Rechte beschnitten
- 101 <del>werden aber über</del> Ausgaben- und Leistungskürzungen des Staates bedeuten z.B., dass für viele
- 102 Betreuungs- und Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden
- 103 <u>müssen. letztlich auch fast alle anderen.</u> Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

104	FLINTA*s sind	von den staatlichen A	Ausgabenkürzunge	n mehr betroffen als	Männer, da - und

- 105 Männer wiederum eher als FLINTA\*, insofern die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte
- Betreuung, Fürsorge und Pflege <del>von Menschen</del> vornehmlich von ihnen geleistet wird. <u>Der Staat</u>
- 107 <u>verlässt sich darauf, dass **weiblich gelesene Personen** durch unbezahlte Arbeit fehlende</u>
- 108 <u>öffentliche Dienstleistungen ersetzen.</u>
- 109 Diese neoliberale Politik <u>wirderscheint</u> als alternativlos <u>dargestellt</u>. Der Markt diktiert der
- 110 demokratischen Politik ihr Handeln in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die
- 111 <u>zentralen</u> <u>werden zu zentralen</u> gesellschaftlichen Rä<u>ume, in denenumen, auf dem</u> sich die
- 112 Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde sollsollte einbezogen werden, keine
- Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt sollsollte zur
- 114 Ware werden bis hin zum Körper <del>von FLINTA\*,</del> beispielsweise über die Ausdehnung von
- 115 | Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterschaft.-

### 116 Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn

- 117 einzelne Staaten den Aufstieg schaffen
- 118 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
- 119 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
- 120 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
- 121 <u>Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten.</u> Das neoliberale Freihandels- und
- 122 Investitionsschutzregime hatsetzt koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den
- 123 <u>meisten fort. Vielen</u> Staaten des <u>Globalenglobalen</u> Südens wurde diese Wirtschaftsweise
- 124 aufgezwungen. Von dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der
- 125 SchuldenkriseSchuldenpolitik, über die WTO (World Trade Organisation), die z.B. die Freigabe von
- 126 Patenten verhindert, und und später über bilaterale Handels- und
- 127 **Investitionsschutzabkommen**, Handelsverträge. Profitinteressen werden auf Kosten von
- 128 Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Westlichen Konzerne nutzen
- die niedrigen Löhne und Umweltauflagen <del>günstiger Produktionsstandorte</del> in Asien und anderen
- 130 Kontinenten. Inzwischen sind -chinesische Konzerne <u>ihnen</u> dabei nachgefolgt. Die Länder des
- 131 Globalen Südens sind Südens werden in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige
- 132 Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.
- 133 | Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
- 134 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
- auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
- Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. <u>Die</u>
- 137 EU, Russland, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, **einen möglichst**
- 138 großen Teil des Kuchens für sich zu sichern.
- Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
- 140 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für "ihre" Unternehmen zu
- 141 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
- 142 <u>handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im</u>
- 143 System globaler Kapitalismus.
- 144 Den Ländern des Globalenglobalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die
- politischen Instrumente, die eine eigenständige\_-ökonomische Entwicklung ermöglichen\_-könnten,
- zumal vielen **dieser** <del>Süd-</del>Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte
- aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen

148	entspricht-abschottet. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos,
149	dass Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind

### 150 Soziale Ungleichheit nimmt <u>auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften</u> zu

- Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
- diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
- 153 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale **Lüge** herausgestellt.
- 154 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche
- 155 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
- 156 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
- der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele
- sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als
- 159 <u>Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA\*s gehen die</u>
- 160 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.
- 161 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer
- 162 schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt nicht aber dazu, dass Hunderte von
- 163 Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit worden wären, wie viele ihrer-
- 164 Fürsprecher\*innen meinen. Nach wie vor stirbt alle 4,4 Sekunden ein Kind oder ein\*e
- 165 Jugendliche\*r (so die am 10.1.2023 veröffentlichte Schätzung von UNICEF für 2021). Der
- 166 | versprochene *Trickle-Down-*Effekt (= These, dass der Einkommenszuwachs, den die Reichen in
- 167 einer Gesellschaft erfahren, sukzessive auch zu den Mittelschichten und den Ärmeren in der
- 168 Gesellschaft durchsickert) ist ausgeblieben.
- 169 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
- 170 Anlagemöglichkeiten\_-für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
- 171 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
- 172 Steuerzahler\*innen, aber auch\_jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, **zu**
- 173 **Finanzunternehmen**zur reinen Finanzunternehmen und ihren superreichen
- 174 Nutznießer\*innen betrieben.

### 175 Die Gewalt der Globalisierung

- 176 Gerade für die Länder des Globalen Südens des globalen Süden bedeutet die Globalisierung
- 177 Gewalt. Den aufgezwungenen "Strukturanpassungsprogrammen" von IWF und Weltbank sind,
- insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den des
- 179 Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des
- 180 Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.-
- 181 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor\*innen
- und Unternehmen ist der Alltagdie Realität in weiten Teilen der Staaten des Globalen Länder des
- 183 globalen Südens geprägt von Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und
- 184 großflächiger Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin
- verwickelte transnationale Konzerne. In **vielen** Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei.
- 186 Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter\*innen und
- 187 Menschenrechtsverteidiger\*innen sind an der Tagesordnung. <del>Verbot von Gewerkschaften,</del>
- 188 Ermordung von Gewerkschafter\*innen und anderer, die zum Beispiel angesichts von
- 189 Bergbauprojekten um ihr Recht kämpfen, Verweigerung jeglichen Arbeitsschutzes, schlimmste-
- 190 Ausbeutung, Kinderarbeit, "moderne" Sklaverei, traditionelle Sklaverei, Bürgerkriege um die-
- 191 Kontrolle von global benötigten Bodenschätzen, Verletzung der Menschenrechte Indigener,

192 193	großflächige Vergiftung und Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen und bei all dem Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale Konzerne.
194 195 196 197	All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns hier <u>in den Ländern des Globalen Nordens im Norden</u> bedeutet dies umgekehrt, dass unsere <u>GesellschaftGesellschaften</u> , unser Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist <del>unerträglich. Und es ist</del> das Werk der neoliberalen Globalisierung
198   199   200 201 202   203   204   205	Die Gewalt der Globalisierung wird auch bei uns sichtbar. Wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird wieder denkbar. Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen. Extremer Ausdruck patriarchaler von Gewalt sind Femizide, also die Ermordung von weiblich gelesenen Personen. Tötung von FLINTA*, nur weil sie selbstbestimmt leben möchten.  Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird wieder denkbar.
206   207   208   209   210   211   212   213	Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Durch die durch Wachstumszwang getriebene Globalisierung sind auch der Gewalt gegen die Natur und den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Der Welt wird immer mehr eine Warenförmigkeit aufgezwungen. Dadurch wird ; denn im Zuge der Vermarktlichung der Welt wurde die Ausbeutung der Natur scheinbarzusätzlich legitimiert und ihre Zerstözerstörung achselzuckend in Kauf genommen.
214   215 216 217   218	Vor überfünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die "Grenzen des Wachstums" aufgezeigt. Sie ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des kapitalistischen Wachstums werden deutlich –und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten
219 220 221	Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen <del>zudem</del> ähnlich große Auswirkungen haben kann.–
222 223   224   225   226   227   228   229	Die Krise der neoliberalen Globalisierung Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur, von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikationsund Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.
230   231   232 233   234	Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden Finanzkrisen hatverlor die neoliberale Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des "Freihandels" in der EU und in Deutschland auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus die transnationale, neoliberalen Quasi-Verfassung eine Vergleich 15mai23 - 27jan23_Globkritik_neu_denken.odt

- 235 wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur die
- Krisen verschärft hat, sondern auch derdie Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum
- 237 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen
- 238 abgebaut, zum Beispiel **durch Freihandelsabkommen**die Freihandelsabkommen.
- 239 Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung
- 240 gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle
- 241 Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist
- 242 gut, dem wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung und solidarischen Lösungen
- verbunden ist, und verheerend, wenn es mit <u>dem</u> Ruf nach autoritären <u>und rassistischen</u>
- Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise,
- 245 <u>um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.</u>

263

### **Abkehr vom Neoliberalismus?**

- 247 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt allein grundlegende wirtschaftliche und
- 248 gesellschaftliche Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale
- 249 Auswirkungen abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen wieder an Bedeutung.
- 250 Die Regierungen sehen sich <u>hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale</u>
- 251 <u>Proteste einzuhegen.</u> angesichts der Folgen hierzu gezwungen und betreiben trotzdem nur
- 252 unzureichende Symptombekämpfung, statt die Krisenursachen anzugehen.
- 253 Bei genauerem Hinsehen Entsprechend ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen
- 254 Globalisierung **aber** in erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden
- weiterhin bei uns und in den Ländern des Globalen Südens<del>globalen Süden</del> ohne Rücksichtnahme
- auf Menschenrechte durchgesetzt. Privatisierungen werden , Privatisierungen forciert und
- 257 <u>sogenannte "moderne"</u> Freihandelsverträge abgeschlossen<u>, die demokratische</u>
- 258 Kontrollmechanismen **aushebeln**. Staatlich gefördertes gr. Grünes Wachstum und
- 259 markkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien <del>Marktlösungen</del> werden
- als Lösung der Klimakrise propagiert, obwohl längst klar sein solltealle wissen, dass der
- profitorientierten Globalisierung planetare Grenzen gesetzt sind, die eine weiteres globales
- 262 Wachstum untragbar machen.

### Eine andere Globalisierung ist möglich

- 264 <u>Eine soziale und Die neoliberale Globalisierung setzt den Vorrang von Markt und Profiten fest, der</u>
- 265 Zwang zum Wachstum verschärft sich. Soziale und ökologische Transformation macht daher eine
- Abwicklung der neoliberalen Wirtschaftsordnung nötig. Die Statt der Rückkehr zum abgeschotteten
- Nationalstaat <u>ist keine Alternative</u>. <u>Es braucht braucht es</u> internationale Zusammenarbeit zur Lösung
- 268 der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung, Menschenrechtsverletzung und Krieg.-
- 269 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
- bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
- 271 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
- 272 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.
- 273 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
- Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
- 275 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
- 276 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft\_-für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
- 277 | für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

# 78 Themenfelder

279 • Themen

285

# • 1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen! (regulieren)

Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen können. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales Anliegen seit Gründung von Attac seit seiner Gründung, eines seiner zentralen Anliegen.

### 1.1. Was ist das Problem?

- 286 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
- 287 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
- 288 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
- Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
- 290 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren <u>wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung</u>
- 291 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
- grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben <u>und Handelsbeschränkungen</u>
- 293 <u>für Finanzanlagen abgebaut, der Handel mit Finanzanlagen zunehmend weniger reguliert.</u>
- 294 Gleichzeitig entstandenwurden immer neue <u>Finanzanlagen</u>Finanzprodukte geschaffen. Währungen,
- 295 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
- 296 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
- 297 Krisenabstände\_-verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der
- 298 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von
- 299 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
- 300 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.-
- 301 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur\*innen
- 302 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
- 303 | Finanzmärkte -hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur\*innen bei,
- 304 unter dem Schlagwort "dezentrale Finanzmärkte (DeFi)" Kreditvergaben, Investitionen in
- 305 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und Börsensystems\_
- 306 einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur\*innen im Rahmen von "Grünen
- 307 Investments" neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie Wasser zu
- 308 erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch staatliche
- 309 Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem
- Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen
- 311 wollen.
- 312 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
- 313 | Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen\_-über Steuern von allen bezahlt
- 314 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
- 315 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.
- 316 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
- 317 Interessen der Akteur\*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. <u>Insbesondere dominieren große</u>
- 318 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds

319	(Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
320	der Wirtschaft.
321 322 323	Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.
324 325 326 327 328 329 330	Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten fast 100 Niedrig-und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land, Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.
331	1.2. Was will Attac?
332	□ <del>Wie wäre es besser?</del>
333   334   335   336   337   338   339   340   341   342   343   344	Geld und Geldderivate müssen den darf nicht selbst Ware sein mit der Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden.  Geld spekuliert werden kann, sondern muss den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichenglich und als Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen wollen und Krisen produzieren.  Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches GutGute. Unregulierte Finanzbereiche, Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.
345 346 347	Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer Gläubiger*innen fallen
348	1.3. Wie erreichen wir dases?
349 350 351 352 353 354 355 356 357	Finanzmärkte regulieren  Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Finanzprodukte und die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer Finanztransaktionsteuer, die auf alle Formen des Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft. Sie
358	könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärktendämpfen und diese schrumpfen

speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu

helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens

359

361 362	ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die <u>Sustainable Development Goals</u> <u>Milleniums-Entwicklungsziele</u> der Vereinten Nationen <u>umzusetzenzu erreichen</u> .
363   364   365 366 367	<b>Kredite für soziale und ökologische Projekte</b> Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen
368 369 370 371 372 373 374 375 376	Schulden streichen  Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und  Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI - haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.
377 378 379 380	Viele Staaten, vor allem im Süden, sind in Folge ungleicher Wirtschaftsbeziehungen, aber auch wegen korrupter Machthaber*innen, extrem verschuldet. Während die Bevölkerung dort darunter leidet, profitieren die globalen Gläubiger*innen. Die Schulden dieser Länder müssen gestrichen werden (welche genau? Illegitime, untragbare?-> muss noch genau definiert werden).
382	International handeln
383 384 385 386	Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten internationalen Handelns.
388 389	2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal

### 2 Handelspolitik und Menschenrechte

Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden Ländern des globalen Südens hat sich – mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der neoliberalen Globalisierung sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher Ebene ein neoliberales Regelwerk etablieren.

Maßstab und Ziel unserer politischen Arbeit ist die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie in den verschiedenen Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen einschließlich der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, auf Englisch ILO) definiert sind und auch ständig weiterentwickelt werden. Sie dienen der Sicherung der Menschenwürde und umfassen deshalb neben den bürgerlichen und politischen Menschenrechten auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte – und inzwischen auch das Recht auf eine saubere Umwelt.

#### 2.1. Was ist das Problem?

390

391

392

393

394 395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

- 412 Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
- 413 von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
- 414 Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.
- 415 <u>Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994</u>
- 416 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
- 417 global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für
- 418 die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
- 419 GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
- 420 Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
- 421 <u>Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).</u>
- 422 Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
- 423 schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
- 424 Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
- 425 von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
- 426 Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
- dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
- 428 werden, wenn sie keine "unnötigen Hemmnisse für den Handel mit
- 429 Dienstleistungen darstellen" (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im
- 430 Interesse des Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-
- 431 Abkommen wiederum sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es z.B. Patente auf
- 432 Medikamente 20 Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
- 433 notwendigen Medikamenten versorgt werden.
- 434 Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
- 435 zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung

- 436 <u>ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz</u>
- 437 <u>stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil können Nachhaltigkeitsziele ganz im</u>
- 438 <u>Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.</u>
- Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
- deren multilateralen Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.
- <u>Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit über die</u>
- 442 <u>Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die</u>
- 443 Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
- 444 ist das CETA-Abkommen mit Kanada.
- 445 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente, die
- 446 <u>die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit einschränken,</u>
- 447 <u>hinzu:</u>
- 448 So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme ("Gemischte Ausschüsse"/Joint Committees
- 449 <u>mit diversen Sonderausschüssen) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von</u>
- 450 <u>technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen</u>
- 451 <u>ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung</u>
- des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
- 453 <u>EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre</u>
- 454 <u>Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur</u>
- 455 <u>Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.</u>
- 456 Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
- 457 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
- 458 Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
- 459 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
- 460 Regulierungen beeinträchtigt sehen. (Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
- 461 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.)
- 462 Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie, ÖPNV gehen
- 463 in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
- 464 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
- 465 <u>klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler</u>
- 466 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.
- 467 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
- 468 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
- 469 <u>Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit</u>
- 470 <u>klimaschädlichen Produkten wie fossile Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt</u>
- 471 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.
- 472 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus. Auch
- 473 "grüner Extraktivismus" zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende zählt
- 474 dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position von
- 475 Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung behindert
- 476 und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte einhergeht.
- 477 Trotzdem lebt die Mehrheit der Menschen noch immer unter Bedingungen, die ihre Würde und
- 478 unveräußerlichen Rechte täglich verletzen. Dies hat verschiedene Gründe. Ein wesentlicher Grund-

479 480	ist die "neoliberale Globalisierung", welche seit den 1980er und insbesondere den 1990er Jahren durchgesetzt wurde.
481 482 483 484 485 486 487 488 489 490	Zentral dafür ist das ab 1995 bewusst außerhalb der Vereinten Nationen errichtete System der Welthandelsorganisation (WTO). Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen ausgestattet. Es regiert in die Länder hinein, aber nicht um den Menschenrechten, sondern allein den Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.  Seitdem regeln Handelsverträge – nicht zuletzt die von der EU geschlossenen, wie CETA – nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktesfest, so dass politische Gestaltung höchstens als ausdrückliche "Ausnahme" möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, der Bildung, Mobilität usw.
491 492 493	Aber auch sämtliche Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen, der Umwelt, von Verbraucher*innen usw. werden als Handelshemmnisse eingestuft und sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall gebracht zu werden.
494 495 496 497 498 499	Umgekehrt wird das "geistige Eigentum" in Form von Patenten so strikt geschützt, dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im globalen Süden keine Medikamente oder Impfungen erhielten und erhalten – während grenzüberschreitenden Investoren durch Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.
500 501 502 503	Gemeinsam mit der parallel vollzogenen Deregulierung der Finanzmärkte, und verschärft durch die EU-Handelspolitik, bildet dieses Freihandelsregime die Grundlage jener "Globalisierung" – der "neoliberalen Globalisierung" – die seit den 1990er Jahren die Erde buchstäblich umpflügt. Die Ergebnisse sind
504 505 506	global integrierte Produktionsprozesse, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt werden, mit besonders dramatischen Folgen für verwundbare Gruppen wie FLINTA*s oder Kinder
507 508 509	<ul> <li>eine Intensivierung des Raubbaus auch im ökologischen Sinn (Klimaerhitzung, Umweltverschmutzung, katastrophales Artensterben) ohne Rücksicht auf die planetarischen Grenzen</li> </ul>
510 511	• eine immer dramatischere Ungleichheit, die keineswegs als Preis für (vor allem auf Chinabegrenzte) Erfolge bei der Armutsbekämpfung akzeptiert werden darf
512 513	• entsprechend unzureichende Fortschritte bzw. die Behinderung weiterer Fortschritte bei den echten Menschheitsproblemen
514	ein weltweiter Siegeszug rechtspopulistischer und rechtsextremer politischer Kräfte

516	□ <del>Was wäre besser?</del>					
517	<ul> <li>Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und</li> </ul>					
518	setzt sich ein für eine gerechte, ökologische und					
519	solidarische Weltwirtschaftsordnung mit					
520	gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit und					
521	demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den					
522	Interessen von Menschen und Gemeinschaften, den					
523	universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer					
524	<u>sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten</u>					
525	<u>Arbeitsbedingungen und der Bewahrung der</u>					
526	natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor					
527	Profitinteressen ein.					
528	- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die					
529	Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigskeitsziele					
530	(Sustainable Development Goals, SDGs) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben					
531 532	der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu					
533	beschließen.					
'						
534	- Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken					
535	und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen					
536	werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.					
537	Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen					
538	abgeschafft werden.					
539	- Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen ist zurückzufahren.					
540	Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken.					
541	Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin					
542	inzwischen "Lieferkettengesetze" verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen-					
543	Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie					
544	weiter vorangehen. Ebenso fordern wir mit Nachdruck, dass Deutschland und die EU endlich					
545	engagiert und konstruktiv an den UN-Verhandlungen zu einem entsprechenden, globalen "Binding-					
546	Treaty" (die wirksame Verpflichtung der transnationalen Unternehmen auf die Menschenrechte-					
547	(UN-Pakte + ILO) gemäß Resolution 26/9) teilnehmen, welche auf eine starke Bewegung aus den					
548	<del>Völkern des globalen Südens zurückgehen.</del>					
549	Kriege, Armut, globale Ungerechtigkeit und schwerste Menschenrechtsverletzungen diskreditieren					
550	nicht die den Vereinten Nationen zugrunde liegende Idee der internationalen Zusammenarbeit. Im					
551	Gegenteil geben Organisationen wie die Vereinten Nationen auf all die real existierende Macht- und					
552	Interessenpolitik der Staaten prinzipiell die richtige Antwort: ein globales Gemeinwesen zu					
553	konstituieren, das auf der Menschenwürde und der Herrschaft des Rechts gründet und auf die					
554	gemeinsame Lösung gemeinsamer Menschheitsprobleme zielt.					
555	Würde den Menschenrechten in der globalisierten Produktion tatsächlich wirksam Geltung					
556	verschafft, müsste sich im Handeln der Unternehmen und in der Politik der westlichen Staaten					
557	vieles ändern. Dies könnte eine positive Änderungsdynamik in Gang setzen, auch in Richtung					
558	ökologischer Nachhaltigkeit. Die Länder des Globalen Südens, die selbst am wenigsten zur					
559	momentanen Krise beigetragen haben, werden am stärksten durch das rücksichtlose Verhalten					
	momentanen ivise beigetragen naben, werden am starksten duren das fuckstendibse venfalten					

- 560 westlicher Staaten in Vergangenheit und Gegenwart geschädigt, insbesondere durch die Zerstörung
- der Umwelt und die Erderhitzung. Dadurch sehen sich Bewohner der betroffenen Länder immer
- 562 häufiger zur Migration gezwungen, werden aber von den Verursacherländern abgewehrt.
- 563 Die Menschheit muss ihre Bemühungen deutlich ausweiten: Wir fordern die "Abwicklung" der
- 564 neoliberalen Globalisierung. All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen
- 565 Handels- und Investitionsverträge nicht zuletzt die der EU –, die dem Primat der Menschenwürde-
- 566 widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, sind wirksam zu
- 567 delegitimieren.
- 568 2.3. Wie erreichen wir das?
- Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
- 570 <u>mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.</u>
- 571 Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
- 572 Unternehmen (Binding Treaty) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
- 573 <u>Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.</u>
- 574 <u>- Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu</u>
- 575 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.
- 576 Steter Tropfen höhlt den Stein. Epochale Umbrüche wie der Fall des eisernen Vorhangs kann man
- 577 nicht planen, sind aber möglich. Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter
- 578 Markt Probleme nicht löst, sondern verursacht. Bewegungen wie Attac und seit einigen Jahren auch
- 579 FFF folgen Architekten, Ingenieure, Senior\*innen... for future, allesamt Experten, die die-
- 580 Glaubwürdigkeit des Neoliberalismus und seiner Prediger unterminieren. So kann die Menschheit
- 581 wieder zusammenfinden, um ihre Probleme auf der Grundlage der Menschenwürde und der
- 582 Menschenrechte und dem Respekt vor der Natur zu lösen.
- 583 3. Gegen Privatisierung das Öffentliche stärken
- **1. 3 Privatisierung (Das Öffentliche stärken)**
- "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik.
   Nur Reiche können sich einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen zugängliche öffentliche Infrastruktur.-
  - 3.1. Was ist das Problem?
- 591 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
- 592 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
- teilweise zu Spottpreisen an Investor\*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
- 594 <u>Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches</u>
- 595 <u>Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten , Verkehrsunternehmen und</u>
- 596 Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht Halt gemacht. Sogenannte-
- Public-Private-Partnerships geht , bei denen die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen
- 598 langfristige wirtschaftliche Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche
- 599 <u>Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an</u>
- 600 <u>öffentlichen Unternehmen sein, in Form von langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentlichen</u>

- 601 Gebäude oder Infrastruktur errichten und diese an staatliche Einrichtungen "vermieten" oder in
- 602 Form von einer kompletten Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als
- Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten
- | langfristige Profite bei der Erstellung von öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der
- 605 <u>Bürger\*innen garantieren.</u> und Private gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche
- 606 Hand langfristig an private Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls
- 607 als Formen der Privatisierung zu sehen.
- 608 Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
- 609 manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
- 610 <u>kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.</u>
- Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
- Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
- 613 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und
- 614 Staatfonds zu schaffen zu schaffen, um Renditen zu erwirtschaften. Politisch verkauft wurden die
- 615 Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleitungen würden billiger und besser werden.
- 616 Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die
- 617 Privatisierungen vor allem für diejenigen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren. ihr
- 618 Kapital in den privatisierten Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen
- 619 sind private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen
- 620 sichern die Profite von Privatisierungsgewinnern und verhindern Vergesellschaftung oder
- 621 erschweren sie erheblich.
- 622 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
- billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
- 624 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
- Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
- 626 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger\*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
- private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.
- 628 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
- 629 <u>Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren Privatisierungen</u>
- 630 <u>rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch Sonderklagerechte</u>
- 631 <u>für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern Vergesellschaftungen.</u>

### 632 **3.2. Was will Attac?**

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645 646

647 648

649

650

651 652

653

654

655

656 657

658 659

660

661

662

663

schützen.

Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören mindestens Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass notwendige Leistung vorenthalten oder schlecht erbracht werden oder die Infrastruktur nicht hinreichend instandgehalten wird.

Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung gehören in dieöffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt werden, Profite zu erzielen. Gleichzeitig müssen dabeisie stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet seinwerden. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandatsträger\*innen in Aufsichtsräten sitzen<del>Parlamente die öffentlichen</del> Unternehmen kontrollieren. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter\*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer\*innen, und Umwelt- und Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient\*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen - an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste - Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigtgleichberechtig die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann<del>allein die Mehrheit hat</del>. Die Unternehmen sollten nicht privatrechtlich Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht unterliegenden Formen wie AG oder GmbHorganisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form, beispielsweise als Anstalt wie beispielweise der Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft <del>, um sie</del> vor Privatisierung geschützt sein. <del>zu</del>

### 3.3. Wie erreichen wir dases?

ökologischen Prinzipien ausgerichtet geführt werden.

# Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben

An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung, verhindert <u>oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden werden, und inzwischen werden</u> sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet.
Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, <u>die ; sie reicht</u> aber bei weitem nicht <u>ausreicht:aus.</u> Die rekommunalisierten Unternehmen müssen <u>auch</u>-demokratisiert und <u>annach</u> sozialen und

671 672

673

674

675

670

# Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden zurückdrängen

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem <u>durch Fallpauschalen</u>, <u>Zuzahlungen und die Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht in Form der Fallpauschalen musszurückgedrängt</u>werden. Art und Umfang <u>einer medizinischen Behandlung darf sich ausschließlich</u>

676 677 678 679 680	medizinischer Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf der orientieren und nicht an Kosten oder Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierteden Kosten. Privatisierte Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.
681 682 683 684 685	Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb muss Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.
686 687 688 689 690 691 692 693	Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss, nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt- und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen Entscheidungen beteiligt werden.
694 695 696 697	Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst  Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten  brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu können.
698 699 700 701 702 703 704 705 706 707	Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert werden.
708 709 710 711 712 713	4. Krieg und Militarisierung Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und Fundamentalismus nehmen weltweit zu.
714 715 716 717	4.1. Was ist das Problem?  Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und

 $Vergleich\ 15mai 23-27 jan 23\_Globkritik\_neu\_denken.odt$ 

- 718 <u>Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte</u>
- 719 <u>von FLINTA\*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen</u>
- 720 <u>und werden ausgegrenzt. [Viele Menschen sind durch den Krieg entsetzt und möchten für ein</u>
- 721 schnelles Ende] Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden in der Öffentlichkeit meist
- 722 <u>wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg.</u> **Ist Krieg präsent, wird er**
- 723 normalisiert. Vergangene Kriege werden schnell verdrängt wie in
- 724 Afghanistan, Jugoslawien oder Irak. Die lange Fortdauer über Jahre, die
- 725 Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät aus dem Blick. Der russische Angriff auf
- 726 <u>die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe Deutschlands rücken lassen.</u>
- 727 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
- 728 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
- 729 <u>häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale</u>
- 730 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
- 731 <u>weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu</u>
- 732 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
- 733 <u>selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung</u>
- 734 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie
- 735 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
- 736 <u>im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.</u>
- 737 <u>War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege</u>
- 738 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
- 739 <u>ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen</u>
- 740 <u>und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflusssphären</u>
- 741 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte
- 742 <u>führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung</u>
- verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
- 744 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.
- 745 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
- 746 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
- 747 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
- 748 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO<sup>2</sup>-Ausstoß, Militär
- 749 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
- 750 <u>zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind</u>
- 751 **auch** zur Lösung der Klimakrise nötig.
- 752 **4.2. Was will Attac?**
- 753 Attac setzt sich ein für friedliche, demokratische, multilaterale Weltordnung
- 754 **und zivile Konfliktlösung ein**. Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen,
- 755 sondern auch die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und
- 756 Machtinteressen wird auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt
- 757 <u>ausgetragen. Doch eine Welt jenseits von Aufrüstung und Krieg ist möglich!</u>
- 758 Sicherheit muss neu gedacht werden: Die Resourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten
- 759 genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakri- se, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt
- Rüs- tung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle, und vielfältige Kunst und Kultur.
- 761

### 4.3. Wie erreichen wir das?

### Gute öffentliche Bildung ausbauen

Wer Zugang zu guter Bildung, auch in Form von Aus- und Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert werden und allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

# Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren

Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene-Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer\*innen befriedigen muss, nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier\*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche-Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen-Entscheidungen beteiligt werden.

### Investitonschutzabkommen, die Vergesellschaftung verhindern, abschaffen

Ein wesentlicher Bestandteil vieler Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastuktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

# 4 Krieg und Militarisierung

Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich global, auch die Anzahl bewaffneter Konflikte erreicht neue Höchststände. Staatenringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von Lieferketten und Rohstoffquellen. Nationalismus, Hass und Fundamentalismusnehmen weltweit zu.

### □ Was ist das Problem?

Kriege führen zu unzähligen Toten und Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze-Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Kriegnimmt sexuelle Gewalt gegen FLINTA\* zu, traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung und Abweichungen werden sanktioniert. Menschen müssen fliehen und werden ausgegrenzt. Die entmenschlichende Gewalt und das Unrecht von Krieg finden meist wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. Der russische Angriff auf die Ukraine lässt die Folgen von Krieg wieder sichtbarer werden.

Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung.
Andere Staaten intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die weiter andauernden Kriege in Jemen und Syrien zeigen, wie Großmächte die Konflikte zu Menschheitsverbrechen schwer zu realisierenden Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und demokratische Lösungen zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung wird

804 805	außerdem deutlich in den zunehmenden weltweiten Exporten der Rüstungsindustrie, in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.
806 807 808 809 810 811	War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege- dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss- ringenden Nationen ist lang und wohin die globale Konkurrenz zwischen den USA und China- führen wird ist noch offen. Klar ist, dass die Konflikte in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit führen: Die Aufrüstung nimmt drastisch zu und ein Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.
812 813 814 815 816 817	Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor wird das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei sind U.S. Army, Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Krieg geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob durch Kriegsflugzeuge und Kriegsschiffe oder umfangreiche militärische Infrastruktur. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind zur Lösung der Klimakrise nötig.
818 819 820 821 822 823	Attac setzt sich ein für eine demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile Konfliktlösung. Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird auch mit-Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt ohne Kriegist möglich!
824 825 826	Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten genutzt werden, um ein gutes Leben für Alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit ohne Profite, die Bekämpfung der Klimakrise und vielfältige Kunst und Kultur.
827	□ <del>Wie erreichen wir das?</del>
828   829   830   831   832   833   834   835	Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen Anspruch_entgegen, eine militärische_Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert_Kriegsbündnisse wie die NATO sollten aufgelöst werden. Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.
836 837 838 839 840 841 842	Globalisierung entmilitarisieren Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
843	Terrorismus bei.  In dem wir die Globalisierung von Macht und Profiten kritisieren, stellen wir die Grundlage der

346	Aufrüstung	und Militarisierung	g auf die Straße g	gehen und sich für	eine gerechte	Gesellschaft

- 847 einsetzen ob in der EU, den USA oder in Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien,
- 848 | Afghanistan, Saudi-Arabien oder in Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung
- 849 ist global-solidarisch **nationalistische** Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab. Die
- 850 Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die
- 851 Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

### Globale Abrüstung

852

861

- 853 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
- Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
- 855 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
- 856 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
- 857 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen
- 858 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
- 859 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
- 860 Dieser Militarisierung militärischen stellen wir uns entgegen.

### 5.5 Soziale Sicherheit für alle

- 862 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
- und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
- 864 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
- 865 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
- 866 Sicherungssysteme.

### 867 5.1. -Was ist das Problem?

- Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
- alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
- 870 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
- 871 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, die immer größer wird.
- Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
- 873 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben dendem
- 874 | Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch...)
- 875 und Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden
- 876 teils aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso
- 877 wie die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn
- 878 wenn bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für
- 879 soziale Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.
- 880 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
- -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
- 882 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so. So auch im Zuge der neoliberalen
- 883 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
- Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
- 885 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der <u>nationalennationen</u>
- 886 Unternehmen international gestärkt werden.—
- 887 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
- 888 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange.

889 meist -männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt. 890 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen. 891 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem 892 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege 893 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA\*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht 894 bezahlt. Dies führt dazu, dass gerade diejenigen, die am meisten Arbeit erledigen, am 895 wenigsten davon haben.

### 5.2. Was will Attac?

896

897

898

899

900

901

902

903 904

905

906

907

908

909

910

911

912

913

914

915

916

923

Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und muss es sich nicht verdienen. Es ist ein globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und wenig oder<del>oder wenig, bzw.</del> keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit

### 5.3. Wie erreichen wir es?

917 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter 918 919 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften und Kapitaleinkommen höher 920 besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch 921 würde auch mehr Geld für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich 922 der sozialen Sicherungssysteme schlägt Attac konkret vor:-

geleistet, gut bezahlt werden.-

### Solidarische Bürgerversicherung

924 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen wir eine Eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen 925 926 Leistungen nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird -927 auch und gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von 928 Gutverdienenden, zum Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.-929 930 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf 931 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme-

932	lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.
934 935 936	Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.
937 938 939 940	<b>Soziale Grundsicherung</b> Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet
942 943 944 945 946 947	Radikale Arbeitsumverteilung  Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale  Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere  Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne  Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.
948 949 950 951 952	Solidarische Städte Attac befürwortet Initiativen wie "Solidarische Städte", die auf kommunaler Ebene die Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.—
<ul><li>953</li><li>954</li><li>955</li></ul>	6. Flucht/Migration-
956 957 958	<u>Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein völkerrechtlich geschütztes Migration ist ein wesentlicher Bestandteil der Menschheitsgeschichte und ein Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.</u> !
959 960 961 962 963 964 965 966 967 968 969 970 971 972 973	6.1. Was ist das Problem?  Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen. Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft, Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze. Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts instrumentalisiert, und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
3/3	Vergleich 15mai23 - 27jan23_Globkritik_neu_denken.odt

- 974 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
- 975 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
- 976 ausgleichen.

982

983

984

985

986

987

988 989

990

991

992

993

994

995

996

997

998

999

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

10111012

- 977 Die\_-Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
- 978 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
- 979 über Grenzschließungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
- 980 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.
  - Was ist die bessere Perspektive auf das Thema? (Wasist besser?)
    - anderen Perspektive betrachtet werden. Statt sie auf die Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen. beispielsweise auf diktatorische Regime oder Korruption, müssten strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen werden. Die Fluchtursachen liegen nämlich nicht primär irgendwo in den Herkunftsländern, sondern im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.-

Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, <u>Folgen</u> des Klimawandels Klimawandelfolgen, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs oft die imperiale Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden <u>vielfach</u> ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben

1018 1019 1020 1021 1022 1023   1024 1025	wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischenmigrantisierten Fachkräften auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden aus
1027 1028 1029 1030 1031 1032 1033	6.1. Was will Attac?  Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.
1034 1035 1036 1037 1038 1039 1040 1041 1042 1043 1044	6.3. Wie erreichen wir das? (Welche Alternativen gibt es?)  Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir eine globale  Bewegungsfreiheit: Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, die "Urban Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein Waffenexportstopp, dieliegen in einem Waffenexportstopp, der Änderung des Asylrechts und dieder Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie die beispielsweise der Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in. Klar ist: Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration! Migration ist ein Menschenrecht und als solches auch in der UN-Menschenrechtserklärung enthalten!
1045 1046 1047 1048 1049 1050 1051	7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.  Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.
1052 1053	Eine andere Welt können wir nur schaffen, wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten. Klimawandel und Naturzerstörung sind deshalb zentrale Themen für Attac.
1054	7.1. Was ist das Problem?
1055 1056 1057 1058 1059	Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn an einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt nicht nurfür die westlichen Länder ebenso wie, sondern genauso für die nachholende Industrialisierung der ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und weltweit ausgedehnt. Bereits heute

müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr bewohnbar ist. Ohne eine radikale

1061 Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren Grenzen und ist auch aus 1062 diesem Grund nicht zukunftsfähig. und der Länder des globalen Südens. 1063 1064 Die Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat die Prozesse der Naturzerstörung massivbeschleunigt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr 1065 1066 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde in absehbarer Zeit unbewohnbar sein. Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die 1067 natürlichen Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig. 1068 1069 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine "Einpreisung" von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht 1070 1071 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und 1072 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche RegelnRegelungen, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, 1073 1074 die private Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen. 1075 7.2. Was will Attac? 1076 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-1077 ökologischen Transformation (SÖT), die sich an-1078 ökologischen Gesichtspunkten orientiert. Dabei ist 1079 Klimagerechtigkeit -ein wichtiger Baustein. Denn 1080 Menschen mit geringem Einkommen , denn arme 1081 Menschen, vor allem in den Ländern des Globalen 1082 Südens tragen Südens, haben am wenigsten zur 1083 Naturzerstörung und der drohenden Klimakatastrophe 1084 1085 beibeigetragen. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen. 1086 1087 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Es ist zentral, dass sich unsere Art zu leben und zu wirtschaften ändert. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf nicht weiter auf Wachstum 1088 1089 angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft umzubauen. Konzepte 1090 industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit und dem Problem, die mit 1091 der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragenmuss als Kreislaufwirtschaft funktionieren. Statt-1092 Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum der 1093 Wirtschaft stehen. 1094 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum 1095 der Wirtschaft stehen. 1096 Gleichzeitig muss der Energieverbrauch grundsätzlich gesenkt und Energieerzeugung zu 100-1097 Prozent nachhaltig sein. 1098 1099 7.3. Wie erreichen wir das? Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik 1100 1101 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates 1102

insgesamt.

1104 1105 1106	- Anders wirtschaften und konsumieren Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, <u>müssen</u> muss der Konsum
1107	vor allem <u>Bezieher*innen hoher Einkommen und</u>
1108	Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzierenvon
1109	Reichen und Wohlhabenden reduziert werden, um allen ein gutes
1110	Leben zu <u>ermöglichen.</u> ermöglichen.
1111 1112 1113 1114 1115 1116	Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür produziert werden soll. Unnütze Produkte wie Rüstungsgüter müssen reduziert werden. Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern möglicht lange halbar und vor allem reparierbar sein.
1117 1118	Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein.
1119 1120 1121	Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss <b>eingestellt</b> werden. In der Nahrungsmittelproduktion ist eine <b>bedürfnisorientierte</b> , ökologische Landwirtschaft ohne weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.
1122	Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.
1123	<ul> <li>Demokratisierung der Energieverteilung</li> </ul>
1124 1125 1126 1127 1128 1129 1130 1131 1132 1133 1134 1135	Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt werden.  Eine "grüne Wirtschaft", die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine Ware sein. Der, der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbarpreisgünstig zur Verfügung gestellt werden. Die Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.
1136 1137 1138	Klimafreundliche Mobilität für alle <u>Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.</u>
1139 1140 1141 1142 1143 1144	Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der Klimaerwärmung, und der Zugang zu ihr zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt, anstatt aufs Auto, und für alle bezahlbar ist. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa beispielweise Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden

- 1145 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
- 1146 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
- 1147 Autos und für alle bezahlbar ist.

# 8. Demokratie

- 1150 Demokratie ist nie ideal. Demokratie strengt an. Demokratie muss erkämpft werden. Demokratie
- 1151 braucht Demokraten.

- 1153 Der Begriff Demokratie gibt Versprechen wie Partizipation, Souveränität und Grundrechte ab, ist
- 1154 damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst.
- Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, 1155 Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und Grundrechte, ist damit 1156 aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die 1157 utopischen Versprechen einer per Definition geltenden 1158 "Volksherrschaft", in der es Mitbestimmung, Gleichheit und 1159 Transparenz gibt, in wesentlichen Gesellschaftsstrukturen 1160 direkt und umfassend realisiert werden können, bleibt 1161 Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser 1162 Auseinandersetzung muss sich jede Gesellschaft laufend 1163 1164 stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung. Politische Bildung ist deshalb ein 1165 zentrales Anliegen von Attac. 1166
- 1167 8.1. Was ist das Problem?
- 1168 Echte Demokratie sollte jedoch mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in
- 1169 einem parlamentarischen System, in demwo Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines
- 1170 "ausgewogenen Wirtschaftswachstums" in einer "wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft"
- 1171 (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es
- 1172 Länder, in denen nicht einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.
- 1173 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
- 1174 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
- unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
- 1176 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
- 1177 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
- 1178 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.
- 1179 Wenn Freihandelsverträge <del>unter dem Regime der WTO</del> über ihre Liberalisierungs- und
- 1180 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
- schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
- 1182 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen, einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
- 1183 auf dem Papier.
- 1184 Wachsender Autoritarismus, <u>Rechtspopulismus</u>, <u>Ü</u>Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,
- 1185 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer

1186	Fakten" ( <u>Lü<del>Lü</del>g</u> en), weil Einigkeit <u>über Realität brö</u> <del>über Realität brö</del> ckelt, sind Alarmzeichen
1187	dafüdafür, dass demokratische Strukturen nicht nur nicht vollstävollständig realisiert sind, sondern,
1188	sofern vorhanden,- gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen <u>. In die Bresche springen</u>
1189	Politiker:innen der extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber
1190	zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und
1191	missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und
1192	verteidigt werden muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und
1193	gleiche Wahlen gibt und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche
1194	Voraussetzungen für eine Demokratie.
'	
1195	Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
1196	Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
1197	zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
1198	Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
1199	Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
1200	sie <b>mitzugestalten</b> , die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den
1201	gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage,
1202	wer tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung
1203	<u>spielen.</u>
1204 1205 1206	In die Bresche springen rechte Politiker:innen, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.
1207 1208 1209	Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleiche Wahlen gibt und politische Oppossion nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine Demokratie.
1210 1211	Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert Anstrengung, doch Verbesserungen sind notwendig und möglich!
1212 1213	Aber Anstrengung lohnt sich allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie zu verhindern und sie vor rechts schützen!
1214	Unsere Grundrechte und die globalen Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von
1215	Demokratie verteidigt werden und für Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden.
1216	8.2. Was will Attac?
1217	□ <del>Was wäre besser?</del>
1218	Demokratie hat mit kollektiver Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung zu tun.
1210	
1219	<ul> <li><u>Eine umfassende Umfassende</u> Transparenz auf allen</li> </ul>
1220	Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle
1221	betreffen, ist elementar. <u>Dazu bedarf es <del>Wir brauchen</del></u>
1222	mehr direkte Demokratie und
1223	demokratischer <del>demokratische</del>
1224	Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen!
1224	Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
1225	warden müssen Figentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine

1227 1228	Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.
1229 1230 1231	Die Art und Weise, wie wir wirtschaften, geht uns alle an. Eine Ausdehnung demokratischer Prinzipien auf Wirtschaftsprozesse ist daher unabdingbar, kommunal, regional, national, international, global.
1232	Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden!
1233	Wir brauchen neue demokratische Konzepte der Vergesellschaftung!
1234 1235 1236	Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen. <u>Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen.</u> <b>Unser</b> Ziel muss es sein, <u>die Demokratiesie</u> zu verteidigen und auszuweiten!
1237 1238 1239 1240 1241	8.3. Wie erreichen wir das? Instrumente wie Bürger: innen-Entscheide innenentscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.
1242 1243 1244 1245 1246	Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist: Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.
1247 1248 1249 1250 1251 1252 1253	Soziale Bewegungen wie die "Deutsche Wohnen <u>&amp;und</u> Co Enteignen"- Kampagne zeigen mit Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. <u>Der Schwerpunkt von Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden, um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben</u>
1254 1255 1256	Der Schwerpunkt von Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn-Privatisierungen im Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten Bevölkerung!
1257 1258	Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue Konzepte der Vergesellschaftung!
1259 1260	Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden, um Modellefür demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.
1261	9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus
1262	Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre

Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA\*s. Eine
andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
Attac ein wichtiges Thema.

1268 <b>9.1. Was ist das Problem</b>	1268	<u>9.1.</u>	<u>Was</u>	<u>ist</u>	<u>das</u>	<b>Prob</b>	<u>lem'</u>
--------------------------------------	------	-------------	------------	------------	------------	-------------	-------------

- 1269 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
- 1270 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
- 1271 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
- 1272 <u>unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene</u>
- 1273 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
- 1274 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
- 1275 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
- 1276 <u>untergeordneten Positionen.</u>
- 1277 Da FLINTA\*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
- 1278 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
- 1279 <u>aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.</u>
- 1280 Weltweit sind FLINTA\*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
- 1281 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
- 1282 <u>Lieferketten ...</u>). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
- 1283 jedoch oft nicht gehört.
- 1284 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
- 1285 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA\*s wird immer
- 1286 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, also der
- 1287 **Ermordung von weiblich gelesenen Personen**, als heftigste Form patriarchaler
- 1288 Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um
- 1289 <u>die Demonstration von Macht geht.</u>
- 1290 <u>Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen</u>
- 1291 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
- 1292 <u>Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird insbesondere in rechten Kreisen oft das Ziel</u>
- 1293 <u>verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen."</u>

### 1294 **9.2. Was will Attac?**

- 1295 FLINTA\*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
- 1296 streiten für eine Welt, in der "Geschlecht" keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
- 1297 | finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
- 1298 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
- 1299 | teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen weltweit!
- Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
- 1301 <u>keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und</u>
- 1302 Herrschaft abzusichern.
- 1303 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammengedacht werden!
- 1304 **9.3.** Wie erreichen wir das?
- 1305 | Wir brauchen neue Konzepte der Vergesellschaftung!
- 1306 Der Kampf für die Rechte der FLINTA\* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
- 1307 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
- 1308 <u>sozial-ökologische Transformation.</u>

1309	<u>Uberproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen</u>
1310	von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1311	Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1312	Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
1313	und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.
1010	did das receit dar Zasatzifene freie Tage dis Ausgieren für Arbeitstage internonter Belastung.
1314	Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1315	sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
1316	Umsetzung der "Istanbul-Konvention", einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
1317	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1318	Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
1319	diskriminierende "Transsexuellengesetz" ablöst.
1320	Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle
1321	Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine
1322	radikale Arbeitszeitverkürzung - jede Person sollte Zeit für Care-
1323	Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im
1324	Sozial- und Gesundheitsbereich.
1325	Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1326	Diskriminierung, Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1327	Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1328	trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1329	von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1330	für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1331	Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
1332	immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.
1333	In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
1334	(z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
1335	zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
1336	<u>feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine</u>
1337	befristete Niederlegung der bezahlen und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
1338	eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.
1339	
1000	
	O Coooklooktowayayaktigkait/Cominiamus
1340	<ul> <li>9 Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus</li> </ul>
1341	Das Leben der Menschen, ihre verschiedenen Identitäten, werden durch die traditionelle binäre-
1342	Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht ausreichend erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf
1343	alle Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft Gewalt,
1344	<del>Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*. Eine andere Welt verlangt</del>
1345	auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein wichtiger
1346	<del>Themenbereich.</del>
1347	] -
1348	□ <del>Was ist das Problem?</del>
1349	Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind überlieferte patriarchale
1350	Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern gegenüber anderen Geschlechtern. Eine der
-	

	Ursachen für diese bevorzugte Stellung von Mannern ist die traditionelle Zustandigkeit von Frauen
1352	für die Sorgearbeit, für die unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte,
1353	wenig angesehene professionelle Care-Arbeit. Da FLINTA* bereits wegen ihres Geschlechts-
1354	gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie von
1355	anderen Diskriminierungsformen - etwa aufgrund von Rassismus oder wegen einer Behinderung
1356	oder des Alters -in besonderer Weise zusätzlich betroffen. Es ist oft nicht einfach, die Folgen der
1357	Wechelwirkungen von unterschiedlichen Diskriminierungsursachen zu erkennen und diese adäquat
1358	<del>zu bekämpfen.</del>
'	
1359	Weltweit sind FLINTA* von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1360	besonders betroffen (Klimakrise, Kriege, Ausbeutung in internationalen Lieferketten, sexuelle
1361	Ausbeutung,). Ihre Kämpfe werden jedoch zu wenig beachtet und ihre Erfahrungen und
1362	Handlungsperspektiven im politischen Prozess oft nicht gehört.
1363	Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA* wird immer wieder infrage gestellt,
1364	z.B. durch körperliche Gewalt -bis hin zu Femiziden, also der Tötung einer FLINTA*-Person, nur
1365	weil sie selbstbestimmt leben möchte.
1200	
1366	Sexuelle Belästigung ist eine Form von Gewalt, bei der es in erster Linie um die Demonstration von
1367	Macht geht. Auch hinter den Angriffen auf das Recht auf die selbstbestimmte Entscheidung für
1368	einen Schwangerschaftsabbruch bzw. für ein Kind, steht der Wunsch von Männern, Frauen zu
1369	beherrschen, ihnen keine eigenständige Entscheidung zuzubillige
1370	□ <del>Was wäre besser?</del>
1371	FLINTA* sollten körperlich und sexuell völlig selbstbestimmt leben können. Und sie sollten die
1372	gleichen beruflichen und privaten Entwicklungsmöglichkeiten haben wie Männer.
'	
1373	Die notwendige Veränderung ist jedoch grundlegender: Wir streiten für eine Gesellschaft, in der
1374	"Geschlecht" keine relevante Kategorie für gesellschaftliche Rollen und Normen mehr ist. Eine-
1375	Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen
1376	Entscheidungsprozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit/ reproduktive Arbeit tragen-
1377	<del>- weltweit!</del>
1378	Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
13/0	Will stredell clife describenant an, the ment aut i foliateligerang and wathstain berant, and in the
1379 1380	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.
1379	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
1379 1380 1381	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.
1379 1380	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.
1379 1380 1381	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.
1379 1380 1381 1382	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.
1379 1380 1381 1382 1383	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.    Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende-
1379 1380 1381 1382 1383 1384	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  **Wie erreichen wir das?**  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  "Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle-Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die-
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung,insbesondere im Care-Bereich, muss sinken,z.B. durch geringere Gruppengrößen
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung,insbesondere im Care-Bereich, muss sinken,z.B. durch geringere Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.  Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschlöge auf nationaler Ebene,
1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389	keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert bzw. unterdrückt wird, um Profite zu steigern und Herrschaft abzusichern.  Wie erreichen wir das?  Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.  Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA* orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung,insbesondere im Care-Bereich, muss sinken,z.B. durch geringere Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

1393 1394 1395	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Zentral ist auch die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das diskriminierende "Transsexuellengesetz" ablöst.
1396 1397 1398	Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs muss- gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale- Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben.
1399 1400 1401 1402	Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter Diskriminierung, die auch Männer betreffen kann, die als weiblich definierte Rollen einnehmen (z.B. Erzieher in einem Kindergarten). Es liegt also auch im Interesse von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden.
1403 1404 1405 1406 1407	In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht augrund ihres Geschlechts benachteiligt werden (z.B. Quotierung, Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit zur eigenstänigen Organisation. Eine Aktionsform, die insbesondere in den Feministischen Bewegungen in Lateinamerika und Europa diskutiert und zum Teil bereits umgesetzt wird, ist der feministische Streik, d.h. eine befristete Niederlegung der bezahlen und der unbezahlten Arbeit.
1409 1410 1411	feministischen Bewegungen des Globalen Südens stehen andere Analysen und Forderungen im Mittelpunkt als bei uns.
1412	Epilog
1413	
1413 1414 1415 1416 1417 1418 1419	Eine andere Welt ist nötig und möglich Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.
1414 1415 1416 1417 1418	Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1414 1415 1416 1417 1418 1419	Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1414 1415 1416 1417 1418 1419 1420 1421 1422 1423 1424 1425 1426 1427 1428	Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.  Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämt hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die

- 1434 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
- 1435 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
- 1436 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
- 1437 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
- 1438 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
- 1439 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
- 1440 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
- 1441 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer\*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
- hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
- 1443 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
- 1444 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
- 1445 schädlicher und unnützer Produkte.
- 1446 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
- 1447 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
- 1448 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.
- 1449 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
- vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.
- 1451 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
- 1452 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
- 1453 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
- 1454 und erleichterte die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.
- 1455 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
- 1456 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
- 1457 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
- 1458 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
- 1459 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
- 1460 Bedeutung verloren und verschwindet <u>zusehendszusehens</u>.
- 1461 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
- 1462 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
- anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
- 1464 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.
- Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
- 1466 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
- 1467 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
- 1468 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weiter
- 1469 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
- 1470 Naturzerstörung gestoppt.
- 1471 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
- 1472 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
- demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
- 1474 durchgesetzt.
- 1475 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1477	*FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
1478	Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
1479	einzubeziehen.